

„Die Giche“ Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Abonnementspreis pro Monat 50 Pfg.
Bestellungen richtet man an den
Verlag: Gewerksverein der Holzarbeiter
Deutschlands
Berlin N.O. 55, Oranienburger Straße 223

Alle Zuschriften für die „Giche“ an H. Bernholt, Ulm a. D., Katisstr. 47, Telefon 1442
Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmten Postfächer sind zu adressieren
Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Oranienburger Straße 223
Schmiedische Geldkassennummer an M. Schumacher, Berlin N. O. 55, Oranienburgerstr. 223.
Postfachnummer 39 821 beim Postfachamt Berlin N.W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-spaltige Zeitspalte
20 Pfennig
Arbeitsmarkt 15 Pfennig
Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

Der Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe angenommen.

Die General-Versammlung des Arbeitgeber-Verbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes E. V. hat auf seiner Mitglieder-Versammlung in Stuttgart den Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe angenommen.

Dies ist auch seitens der am Vertrag beteiligten Arbeitnehmer-Verbände geschehen. Danach tritt der Vertrag am 16. Februar 1927 in Kraft.

Gegen Brotzoll und Roggenhaufe.

Mit ernster Sorge wird in den Wirtschaftskreisen das ständige Anziehen der Preise für die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel beobachtet. Vor allem sind es die Vorgänge auf dem Getreidemarkt, welche die größte Aufmerksamkeit erfordern. Hat doch das dringend notwendige Brotgetreide, der Roggen, eine Preishöhe erreicht, die kaum noch zu überbieten ist. Hinzu tritt die Gefahr, daß die vorhandene Menge Brotgetreide bei weitem nicht ausreicht die Ernährung der breiten Massen des Volkes sicher zu stellen. Wir sind demnach gezwungen, Roggen in größeren Mengen vom Ausland einzuführen. Dies wäre aber angesichts der Zollschranken nur unter bedeutend erhöhten Preisen möglich. Die heutigen Lohnverhältnisse liegen jedoch so, daß der deutschen Arbeiterschaft eine weitere Belastung nicht mehr zugemutet werden kann, es müssen deshalb andere Wege beschritten werden, welche die Ernährung des Volkes sicherstellen.

Die Regierung steht anscheinend allen diesen Vorgängen mit verhängenen Armen zu, es muß deshalb mit allem Nachdruck gefordert werden, daß die Zollschranken und alle sonstigen Hindernisse rechtzeitig beseitigt werden. Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob man der Entwicklung der Roggenpreise noch länger untätig zusehen darf. Folgende Tatsachen müssen wir uns zunächst vor Augen führen.

Im Erntejahr 1925-26 hatten die Roggenpreise bei einem Zollsatz von drei Mark für den Doppelzentner nach den Notierungen der Berliner Börse folgenden Stand:

Oktober 1925	148,76	Mr.
Novemb. 1925	145,48	"
Dezemb. 1925	151,46	"
Januar 1926	150,22	"
Februar 1926	147,08	"
März 1926	155,46	"
April 1926	175,32	"
Mai 1926	177,78	"
Juni 1926	185,46	"

Mit dem 1. August 1926 trat eine Erhöhung des Zolles von 3 Mark auf 5 Mark für den Doppelzentner ein, obwohl bereits der Drei-Mark-Zoll zu einer wesentlichen Steigerung der Preise geführt hatte, und obwohl auch die Weltmarktpreise dauernd stiegen. Durch die Zollerhöhung wurde diese Preisentwicklung für den deutschen Markt noch gefördert, wie aus der folgenden Berliner Monatsdurchschnittspreisen für Roggen hervorgeht:

Juli 1926	197,50	Mr.
August	197,02	"
September	211,28	"
Oktober	220,38	"
November	227,74	"
Dezember	234,14	"
gegenwärtig (Ende Januar 1927)	253-256	"

Der Vorkriegspreis einschließlich des Zolles von fünf Mark betrug 168 Mr. pro Tonne. Der heutige Preis ist also um 50 Prozent höher als der Vorkriegspreis. Er übersteigt die Preisentwicklung der meisten sonstigen Produkte. Er ist auch wesentlich höher als der Preis für die wichtigsten Bedarfsstoffe der Landwirtschaft. Während der Landwirt in der Vorkriegszeit für einen Zentner Roggen etwa 6 1/2 Kilogramm Stickstoff erhielt, erhält er gegenwärtig für einen Zentner Roggen rund 13 Kilogramm Stickstoff.

Die Steigerung der Roggenpreise aber wird noch gefährlicher durch den ungünstigen Versorgungsstand des deutschen Marktes. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat in diesem Jahre zum erstenmal eine Statistik der Getreidevorräte bei den Landwirten vorgenommen. Die letzte Erhebung bezieht sich auf den 15. Dezember 1926. An jenem Tage befanden sich von der Winterroggenernte des Jahres 1926 nur noch 46,5 Prozent in den Händen der Landwirte. Zum Verkauf waren nur noch 21,9 Prozent verfügbar. In den Händen der Landwirte befanden sich also nur noch 1,4 Millionen Tonnen Roggen zum Verkauf. Bei Würdigung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß das deutsche Verbrauchsjahr Mitte August beginnt, so daß am 15. Dezember erst 4 Monate des Verbrauchsjahrs vergangen waren und noch acht Monate bevorstanden. Es ist nicht anzunehmen, daß sich in den Händen des Handels oder der Mühlen größere Bestände befinden, da die Lieferungen der Landwirtschaft kaum den laufenden Bedarf gedeckt haben. Da der monatliche Bedarf der nicht selbst versorgenden Bevölkerung etwa 350 000 Tonnen Roggen beträgt, so reicht die am 15. Dezember vorhandene Roggenmenge nur noch etwa vier Monate zur Versorgung der Bevölkerung. Für weitere vier Monate ist der Bedarf der deutschen Bevölkerung an Brotkorn ungedeckt; um ihn im Auslande zu decken, muß eine Einfuhr von fast eineinhalb Millionen Tonnen Roggen erfolgen.

Die Statistik des deutschen Landwirtschaftsrats ist nicht nur in den Kreisen des Getreidehandels lebhaft beachtet worden, sondern sie hat auch zu den letzten starken Preissteigerungen an den deutschen Märkten geführt. Selbst im Auslande, vor allem in Amerika, sind die Roggenpreise unter ausdrücklicher Berufung auf den zu erwartenden großen Einfuhrbedarf Deutschlands gestiegen. Aus allen diesen Gründen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei einer Aufrechterhaltung des Roggenzolles die Roggenpreise in den nächsten Monaten noch stärker steigen werden als bisher. Teurer Roggen aber ist teures Brot. Bereits auf Grund der bisherigen Preisentwicklung des Roggens sind die Brotpreise gestiegen. Im Oktober und November 1925 kostete in Berlin das Kilogramm Brot 34 Pfennige. Es stieg in den darauffolgenden Monaten bis zur Zollerhöhung im Juli 1926 auf 36 Pfennig. Im Dezember 1926 aber war bereits ein Preis von 41 Pfennigen erreicht und im Januar 1927 für den die Preisberichte noch nicht vorliegen, ist eine weitere Broterhöhung eingetreten.

Der Vorstand des Gewerkschaftsrings hat mit ernster Sorge alle diese Vorgänge geprüft und hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dementsprechende Anträge an die Reichsregierung zu stellen.

Die Arbeitszeit wird mit diesen jungen Menschen bis ins Unmögliche ausgedehnt. Es ist vorgekommen, bis zu 15 Stunden pro Tag, so daß wir uns gezwungen gesehen haben, die Gewerbeaufsichtsämter auf dieses Treiben aufmerksam zu machen. Damit die Lehrmeister an die Innehaltung der Arbeitszeit erinnert werden. Einige haben denn auch die Meister an ihre Pflicht erinnert. Eine unerschütterliche Ausnahme machte Plattenwerder. Der Herr Gewerbeamt hat es nicht einmal für nötig gehalten, uns auf die Eingabe zu antworten.

Um dieser Lehrlingszuchterei etwas Einhalt zu gebieten, wandten wir uns an die Zentralhandwerkskammer mit vollständigem Material und Namensnennung der Lehrlingszuchterei. Die Antwort der Kammer war so fadenförmig, daß es sich gar nicht verlohnt, hier darauf einzugehen. Alles war in Ordnung und nur wir haben uns geirrt. Nur in einem Falle wurde uns wirklich mitgeteilt: „Der älteste Lehrling hat in 4 Wochen ausgelernt, ein weiterer Lehrling darf nicht eingestellt werden.“

Bei der von der Handwerkskammer herausgegebenen Gesellenzahl ist leider nicht gesagt, daß die Anzahl der Gesellen dauernd beschäftigt werden muß. Anscheinend genügt es, wenn vorübergehend die Anzahl der Gesellen beschäftigt wird, so daß die Lehrlingszuchterei immer im Rechten sind.

Um nun ganze Arbeit zu leisten, beantragten wir weiter, die Lehrlingshöchstzahl folgendermaßen festzusetzen: Auf den Lehrherrn ein Lehrling und auf jeden, dauernd beschäftigten Gesellen ein Lehrling mehr, bis zum Höchstbetrage von 8 Lehrlingen. Bei Uebernahme der Höchstzahl tritt Bestrafung ein, eventuell Entziehung der Lehrlingsausbildungsbefugnis. Die Zentralhandwerkskammer teilt uns hierauf folgendes wörtlich mit: „Ob die Vollversammlung mit Rücksicht auf die augenblicklichen Konjunkturverhältnisse dazu bereit sein wird, ist fraglich. Da die Rückwirkungen einer Lehrlingsbeschränkung erst zu einer Zeit fühlbar werden, in der die Konjunkturverhältnisse sich vielleicht grundlegend geändert haben werden.“

Diese Antwort haben wir erwartet. Die Lehrlingszuchterei werden sich die Herren nicht aus der Hand nehmen lassen. Wir werden aber diese Sache weiter verfolgen. Wir brauchen einen tüchtigen Nachwuchs und nicht nur notgedrungene Lohndrücker. Es muß Aufgabe sein, die jungen Leute und deren Eltern aufzuklären über die Gefahren, welche ihnen nach beendeter Lehrzeit drohen. Dieses erreicht man dadurch, daß man die jungen Leute an allen Orten als jugendliche Mitglieder den Ortsvereinen zuführt und so stets mit ihnen in Fühlung bleibt, und sie durch Kurse usw. für ihr väterliches Leben vorbereitet.

Unsere Freunde und Arbeitervertreter in den Parlamenten werden dafür Sorge tragen, daß der jetzt bestehende alte Innungszopf verschwindet und das Gesetz, über die berufliche Ausbildung der Jugendlichen endlich beraten und verabschiedet wird. Nur unter dem Mitbestimmungsrecht der Berufsorganisation, werden vernünftige Lehrverträge zustande kommen und die Lehrlinge vor Ausbeutung geschützt.

Der Gewerbeverein der Holzarbeiter wird sich, wie stets immer, gerne dieser Aufgabe unterziehen und dafür sorgen, daß auch die Lehrlinge in der Ausbildung zu ihrem Recht kommen und so tüchtige Menschen und Facharbeiter werden, nicht nach der Lehrzeit noch länger von den Eltern unterhalten werden müssen. Darum unterstützt der Gewerbeverein der Holzarbeiter in seinem Bestreben durch massenhaften Eintritt. Der Erfolg wird dann nicht ausbleiben.

Entschließung zur Wohnungsnot.

Der Gewerkschaftsring fordert von der Reichsregierung die Finanzierung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms durch Bereitstellung umfangreicher Mittel aus der Hauszinssteuer und Aufnahmen von Anleihen. Der Gewerkschaftsring bestreitet die in der Öffentlichkeit immer wiederholte Behauptung, daß die Ursache für die Wohnungsnot bei der Zwangswirtschaft zu suchen sei.

Die Zwangswirtschaft ist als Notmaßnahme einstweilen noch unentbehrlich; bis zu dem Zeitpunkt, an dem ausreichende Wohnungen für die Bevölkerung infolge einer gesteigerten Bautätigkeit zur Verfügung stehen.

Mietssteigerung an sich bedingt noch kein Anwachsen der Bautätigkeit und der Gewerkschaftsring weist nachdrücklich darauf hin, daß eine Erhöhung der Mieten mit entsprechenden Lohn- und Gehaltssteigerungen abgegolten werden mußte.

Die Bereitstellung von Mitteln für die rationell arbeitenden Quunternehmungen, vor allem an die gemeinnützigen Baugesellschaften, muß Hand in Hand gehen mit der Ueberwachung der Inbetriebnahme der alten Häuser und der Verwendung der öffentlichen Kreditmittel zur Herstellung von hygienisch und bautechnisch einwandfreien Wohnungen für die leistungsfähige Bevölkerung und mit einer Entbürokratisierung des gesamten Verfahrens.

Schließlich fordert der Gewerkschaftsring, daß die Reichsregierung endlich ein Wohnungsmietengesetz erbringt, wie es der Reichstag bereits am 5. Mai 1926 mit zwei Drittel Mehrheit verabschiedet hat.

Entschließung zur Arbeitszeit.

Der erweiterte Ausschuß des Gewerkschaftsringes richtet an Reichsregierung und Reichstag erneut das dringende Ersuchen, unverzüglich die von den drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen einheitlich und gemeinsam geforderte Arbeitszeitnotverordnung zu erlassen. Dabei wird der Reichsarbeitsminister besonders dringend ersucht, die vom sozialpolitischen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zum Teil schon in den Jahren 1925 und 1926 erstatteten Gutachten zum § 7 der Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 unverzüglich auf dem Verordnungswege in Kraft zu setzen.

Wer über 60 Jahre alt ist, braucht nicht mehr zu essen!

Einen geradezu unglaublichen Bescheid hat der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlesien einem unserer Kollegen erteilt. War auf einem zwecks Uebernahme der Kosten zum Zahnheilverfahren an die Landesversicherungsanstalt Schlesiens, erhielt derselbe folgenden wörtlich abgedruckten ablehnenden Bescheid:

„Dem Antrage auf Uebernahme des Zahnheilverfahrens kann nach den vom Vorstande hierbei zu beachtenden Grundsätzen nicht entsprochen werden, weil:

Sie über 60 Jahre alt sind.“

Beglaubigt: Matuschek.
Breslau, den 7. Januar 1927.

So geschah im Jahre 1927 im Zeichen des Fortschritts. Der Antragsteller ist am 20. Mai 1866 geboren, war bei Stellung seines Antrages 60 Jahre und 6 Monate alt. Kommentar (Strick).

Gewerkschaften und Regierungsbildung.

Das deutsche Volk erhielt als Weihnachtsbescherung eine Regierungskrise. Obgleich wir an der Zusammensetzung der Regierung das größte Interesse haben, können wir uns verlagern, näher darauf einzugehen, zumal die Tageszeitungen schon wochenlang eifrig darüber berichtet haben. Ein Vorgang verdient jedoch festgehalten zu werden: Bekanntlich beauftragte der Reichspräsident den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Curtius mit der Regierungsbildung. Dieser versuchte nun allen Ernstes eine Rechtsregierung zustande zu bringen. Er nahm mit allen Parteien Fühlung und trat dann auch an die großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände heran, um deren Meinung zu hören. Vom Gewerkschaftsring nahmen an dieser Besprechung die Kollegen Neustadt und Schneider teil. Dies ist ein Vorgang, der sich des öfteren bei anderen Wirtschaftsfragen abspielt, ohne daß die breite Öffentlichkeit daran Anstoß nimmt. Wir betrachten es als eine glatte Selbstverständlichkeit, daß in allen wichtigen Fragen die Vertreter der maßgebenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände gehört werden. Herr Dr. Curtius hat sich jedoch bei seinem Vorgehen den Zorn des gewerkschaftsfeindlichen Unternehmerorgans der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ zugezogen. Das Scharfmacherblatt drückt seine Verwunderung darüber aus, daß Dr. Curtius sich mit den Führern der sogenannten anerkannten Gewerkschaften ins Benehmen setzen konnte und wirft die Frage auf, wozu diese Fühlungnahme eigentlich dienen sollte und warum diese nötig war. Er führt dann aus:

„Sind denn die Gewerkschaften heute schon zur Bedeutung der politischen Parteien aufgerückt? ... oder sucht man in den Gewerkschaften die alleinigen und berechtigten Vertreter der deutschen Arbeiterschaft, wie das in anderer Weise leider bei gewissen Reichsstellen geschieht. Beides wären verhängnisvolle Irrtümer.“

Nach ihren Satzungen seien doch die Gewerkschaften unpolitisch, lediglich zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen zusammengesetzte Personeneinigungen, die gerade auf ihre Unabhängigkeit von irgendwelchen politischen Parteien, wenn es ihnen gerade paßt, den größten Wert legen.“ Millionen deutscher Arbeiter läte man bitter Unrecht, wenn man nur die Gewerkschaften als ihre Vertreter ansehen würde. Es gäbe doch auch „glücklicherweise“ in Deutschland noch eine große Anzahl von Arbeitern, die sich entweder in nationaler Form „organisiert“ hätten oder es vorzügen, ohne Organisation zu bleiben.

„Mit welcher Berechtigung kann also ein Kanzlerkandidat mit Gewerkschaftsvertretern verhandeln? Aber auch die große Gefahr für die ganze Regierungsbildung ist nicht zu unterschätzen, welche darin liegt, sich mit den Gewerkschaftsführern gewissermaßen auf ein Programm festzulegen.“

Besonders scheinen die bei der Besprechung von den Führern aller drei Richtungen erhobenen Forderungen, wie, „Erlaß eines Notgesetzes über den Achtstundentag, strikte Beseitigung des Ueberstundenwesens und Erhöhung der Löhne“, dem Unternehmerorgan schwer auf die Nerven gefallen zu sein, indem es schreibt: „Sollte Dr. Curtius, was uns nicht bekannt geworden ist, nicht eine scharfe und deutliche Ablehnung dieser bei der Neubildung einer Regierung gar nicht zu diskutierenden Wünsche ausgesprochen haben, so wäre die Gefahr vorhanden, daß, wenn ... dieses Programm der Gewerkschaften von vielen Parteien als ein Teil des gesamten Regierungsprogramms betrachtet würde.“

Die Gewerkschaftsforderungen seien rein wirtschaftlicher Art und hätten mit Politik nichts zu tun. Es ist schon schlimm genug, daß ein auf politischer Grundlage zusammengesetztes Gremium, wie der Reichstag, das letzte Wort über ihre Verwirklichung zu sprechen hat. Die Entscheidung darüber wäre viel besser bei nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgebauten Interessen aufgehoben, die über die notwendige Sachkunde in diesen Dingen verfügten.

Zum Schluß ruft das Scharfmacherblatt aus: „Was geht den Gewerkschaften die Regierungsbildung an?“, um dann in bittere Klagen auszubrechen, daß man im nachrevolutionären Deutschland diesen Organisationen schon viel zu viel entgegengekommen ist. „Es wäre die höchste Zeit, wenn sie (die Gewerkschaften) endlich auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt würden, die der jetzigen Behandlung keineswegs entspricht.“

Im letzten Punkt gehen wir, wenn auch im entgegengesetzten Sinne, mit dem Unternehmerorgan einig, daß auf Grund der wahren Bedeutung der Gewerkschaften noch viel mehr Anerkennung gezollt werden müßte. Dieselben haben das Recht zu fordern, zu allen wichtigen Wirtschaftsfragen herangezogen zu werden.

Der Kernpunkt der Ausführungen der Deutschen Bergwerkszeitung ist darin zu suchen, daß man verabsäumt hat, ihre Schillinge, die „Gelben“ bei dem Befragen der Regierungsbildung heranzuziehen. Dies Organ ist als gewerkschaftsfeindlich und als Förderer der „Gelben“ zur Genüge bekannt. Man erdreistet sich die Anhörung der Führer der Arbeitgeberverbände als eine glatte Selbstverständlichkeit anzusehen, oder man schweigt sich wenigstens darüber aus, aber man regt sich auf, wenn Arbeitsführer von dem mit der Regierungsbildung Beauftragten gehört werden. Daraus müssen auch unsere Kollegen ihre Schlüsse ziehen.

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. Kaum ist unseren Mitgliedern eine herrlich verlaufene Weihnachtsfeier beschieden worden, so können wir wieder zu unserer Freude von einer außerordentlich gut besuchten Monatsversammlung berichten. Zunächst einiges über die Feier. Unser Ortsverein Breslau ist bestrebt, das christliche Fest der Nächstenliebe, das Fest der Freude für Alt und Jung auch weiterhin zu pflegen. Auch diesmal wurde im Kaufmannsheim die Feier vom Bezirksleiter der Holzarbeiter Kollege Wolff-Diegnitz eingeleitet. Nach gemeinschaftlichen Gesängen folgte eine Bescheerung. Vorträge einzelner Mitglieder sogar ein kleines Lustspiel unter Mitwirkung einiger Freunde und Gönner des Vereins, hierauf Verlosung und Tanz. Dank unserem aufopfernden und rührigen Vorstande sind sämtliche kleine Kinderherzen unserer Mitglieder mit Leckereien und einem Spielzeug erfreut, ebenso auch die Mitglieder, die unverschuldet Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse (erwerbslos) geworden sind, mit einem Geldgeschenk bedacht worden. Die vollzählig erschienenen Mitglieder, Angehörige, Freunde und Gönner hielten in guter Stimmung bis in die späten Stunden zusammen.

Die Monatsversammlung, welche am 22. Januar im Vereinslokal stattfand, zeugte wieder von einem Zusammengehörigkeitsgefühl der Vereinskollegen, indem unser allbewährter Vorsitzender Koll. Surma die so zahlreich Erschienenen pünktl. 8.15 Uhr begrüßen konnte, besonders den Hauptvorstand Koll. M. Schumacher-Berlin. Nach Verlesen der Niederschrift von der letzten Versammlung, gab Kollege Friebe den Jahreskassenbericht. Der Hauptvorstand benutzte halb die Gelegenheit und sprach seine vollste Zufriedenheit über die hiesige Leitung und guter Kassenführung aus. Das Geschäftliche wurde schnell erledigt und Kollege Schumacher begann mit dem Vortrag über „Das Arbeitsschutzgesetz“. Das sehr interessante Thema fesselte die Anwesenden zwei Stunden lang und alle lauschten aufmerksam dem Referenten. Seine verständlichen klaren Ausführungen in sachlicher Form, begeisterte die Zuhörer so, daß am Schlusse eine lebhafte Diskussion einsetzte und verschiedene Fragen noch gestellt wurden, die der Vortragende alle die brennenden Punkte in ruhigem Ton zur Befriedigung noch erledigte. Wir hoffen und wünschen, daß der Hauptvorstand öfters in unserer Mitte weilen möge und derartige Vorträge zu Gehör bringt, damit der Verein sich wieder stärkend verjüngen kann, und die Wunden, die der jetzigen Generation geschlagen worden sind durch Krieg, Inflation und systematische Vernichtungsmerkmale der Unternehmer, ihre Vergeltung findet. Um 11½ Uhr konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen.

Carl Ritzißke.

Weißenhorn. Der Ortsverein Weißenhorn hielt am 16. Januar 1927 seine diesjährige Generalversammlung ab im Gasthaus „Zum Sammel“ (Saal), die einen guten Besuch aufwies, trotzdem noch viele Kollegen nicht erschienen waren. Es war gewiß für jeden nichtanwesenden Kollegen ein großer Nachteil, denn unser Bezirksleiter Barnholt hielt einen sehr außerordentlichen lehrreichen Vortrag und der für jeden Kollegen von großer Wichtigkeit war, denn man konnte daraus so manches erfahren, was in der schlechten Wirtschaftslage als unbedingt notwendig für uns erscheint.

Um 2,30 Uhr eröffnete Vorsitzender Thalmeier die gut besuchte Generalversammlung, begrüßte die erschienenen Mitglieder hauptsächlich unsern Bezirksleiter Barnholt, der wieder so zien gesund in unserer Mitte weilen konnte, und jeder war über ferniges Auftreten überrascht, und wünschen ihm es nur Herzen. Anschließend gab Vorsitzender Thalmeier die Tagesordnung bekannt. 1. Verlesen des Protokolls. 2. Kassenbericht vom 3. 1926. 3. Neuwahl der Vorstandschaft. 4. Bericht des Bezirksleiters Barnholt über den Stand der Verhandlungen im Säge- und Holzgewerbe. 5. Aussprache über Lohnsteuerrückstellungen. 6. Verschiedenes. Protokoll und Kassenbericht zeigte, daß der Verein arbeitsreiches Jahr hinter sich hatte, der Bericht wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Vorstandschaft wurde stimmig wieder gewählt, sowie auch die Fahnensektion, ein zweiter Beisitzer Hans Beringer wurde neu hinzu gewählt, die Vorstandschaft dankte den Mitgliedern für ihr entgegengebrachtes Vertrauen. Vortrag von Bezirksleiter Barnholt wurde mit großer Anerkennung zu Herzen genommen, es war daraus sehr klar zu ersehen, wie Bezirksleitung sehr großes Interesse zu vollbringen hatte, noch vieles schaffen muß. Es kann daher der Zusammenhalt nicht genug bekannt gegeben werden, und hoffen, daß die Bezirksleitung sowie die Hauptleitung auch weiterhin so rührig arbeiten möchte.

Anschließend gab Barnholt einen Bericht über Lohnsteuer, ebenfalls von großer Bedeutung war. In Punkt Verschiedenes wurde sehr reger Gebrauch gemacht. Erst um 6 Uhr konnte Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung schließen, und dankte den erschienenen Mitgliedern nochmals für ihr Erscheinen und forderte sie auf, auch im kommenden Jahr wieder fest und treu zur Organisation zu halten, nur dann können unsere Wünsche durchgeführt werden. Auch Bezirksleiter Barnholt dankte mit kernigen Worten alle Anwesenden sowie der Vorstandschaft für ihre Arbeit im vergangenen Jahre.

Schriftführer Wegele.

Kollegen.

Zahlt Eure Beiträge pünktlich, damit Ihr Euer Anrecht auf Unterstützung nicht verliert. Pünktliche Beitragszahlung in allen Kassen ist die erste Vorbedingung.

Die Beiträge sind fällig:

- für die 1. Beitragswoche vom 1.—7. Januar
- für die 2. Beitragswoche vom 8.—14. Januar
- für die 3. Beitragswoche vom 15.—21. Januar
- für die 4. Beitragswoche vom 22.—28. Januar
- für die 5. Beitragswoche vom 29. Januar bis 4. Februar
- für die 6. Beitragswoche vom 5.—11. Februar
- für die 7. Beitragswoche vom 12.—18. Februar
- für die 8. Beitragswoche vom 19.—25. Februar

Jedes Mitglied ist verpflichtet, wöchentlich im Voraus ein Wochenbeitrag zu bezahlen.

Aufgabe des Kassierers ist es, immer vor dem 10. eines Monats die Abrechnung des letzten Monats und das Geld einzufenden, auch Teilgeldsendungen im Laufe des Monats. Der Vorsitzende hat darauf zu achten, daß dies geschehen ist.

Eine angemessene

Unterstützung

erhält künftig nur dasjenige Mitglied, das Beiträge entsprechend dem Stundenverdienst zahlt!



Einheitliche Vereins-Abzeichen

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pf. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Krieg, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro der Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in Silber für 2,50 Mk. das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.

Die Gewerkschaftsforderungen seien rein wirtschaftlicher Art und hätten mit Politik nichts zu tun. Es ist schon schlimm genug, daß ein auf politischer Grundlage zusammengesetztes Gremium, wie der Reichstag, das letzte Wort über ihre Verwirklichung zu sprechen hat. Die Entscheidung darüber wäre viel besser bei nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgebauten Interessen aufgehoben, die über die notwendige Sachkunde in diesen Dingen verfügten.

Zum Schluß ruft das Scharfmacherblatt aus: „Was geht den Gewerkschaften die Regierungsbildung an?“, um dann in bittere Klagen auszubrechen, daß man im nachrevolutionären Deutschland diesen Organisationen schon viel zu viel entgegengekommen ist. „Es wäre die höchste Zeit, wenn sie (die Gewerkschaften) endlich auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt würden, die der jetzigen Behandlung keineswegs entspricht.“

Im letzten Punkt gehen wir, wenn auch im entgegengesetzten Sinne, mit dem Unternehmerorgan einig, daß auf Grund der wahren Bedeutung der Gewerkschaften noch viel mehr Anerkennung gezollt werden müßte. Dieselben haben das Recht zu fordern, zu allen wichtigen Wirtschaftsfragen herangezogen zu werden.

Der Kernpunkt der Ausführungen der Deutschen Bergwerks-Zeitung ist darin zu suchen, daß man verabsäumt hat, ihre Schillinge, die „Gelben“ bei dem Befragen der Regierungsbildung heranzuziehen. Dies Organ ist als gewerkschaftsfeindlich und als Förderer der „Gelben“ zur Genüge bekannt. Man erdreistet sich die Anhörung der Führer der Arbeitgeberverbände als eine glatte Selbstverständlichkeit anzusehen, oder man schweigt sich wenigstens darüber aus, aber man regt sich auf, wenn Arbeitsführer von dem mit der Regierungsbildung Beauftragten gehört werden. Daraus müssen auch unsere Kollegen ihre Schlüsse ziehen.

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. Kaum ist unseren Mitgliedern eine herrlich verlaufene Weihnachtsfeier beschieden worden, so können wir wieder zu unserer Freude von einer außerordentlich gut besuchten Monatsversammlung berichten. Zunächst einiges über die Feier. Unser Ortsverein Breslau ist bestrebt, das christliche Fest der Nächstenliebe, das Fest der Freude für Alt und Jung auch weiterhin zu pflegen. Auch diesmal wurde im Kaufmannsheim die Feier vom Bezirksleiter der Holzarbeiter Kollege Wolff-Liegnitz eingeleitet. Nach gemeinschaftlichen Gesängen folgte eine Bescherung. Vorträge einzelner Mitglieder sogar ein kleines Lustspiel unter Mitwirkung einiger Freunde und Gönner des Vereins, hierauf Berlosung und Tanz. Dank unserer aufopfernden und rührigen Vorstände sind sämtliche kleine Kinderherzen unserer Mitglieder mit Bekereien und einem Spielzeug erfreut, ebenso auch die Mitglieder, die unverschuldet Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse (erwerbslos) geworden sind, mit einem Geldgeschenk bedacht worden. Die vollzählig erschienenen Mitglieder, Angehörige, Freunde und Gönner hielten in guter Stimmung bis in die späten Stunden zusammen.

Die Monatsversammlung, welche am 22. Januar im Vereinslokal stattfand, zeugte wieder von einem Zusammengehörigkeitsgefühl der Vereinskollegen, indem unser allbewährter Vorsitzender Koll. Surma die so zahlreich Erschienenen pünktl. 8.15 Uhr begrüßen konnte, besonders den Hauptvorstand Koll. M. Schumacher-Berlin. Nach Verlesen der Niederschrift von der letzten Versammlung, gab Kollege Friebe den Jahresklassenbericht. Der Hauptvorstand benutzte bald die Gelegenheit und sprach seine vollste Zufriedenheit über die hiesige Leitung und guter Klassenführung aus. Das Geschäftliche wurde schnell erledigt und Kollege Schumacher begann mit dem Vortrag über „Das Arbeitsschutzgesetz“. Das sehr interessante Thema fesselte die Anwesenden zwei Stunden lang und alle lauschten aufmerksam dem Referenten. Seine verständlichen klaren Ausführungen in sachlicher Form, begeisterte die Zuhörer so, daß am Schlusse eine lebhaftere Diskussion einsetzte und verschiedene Fragen noch gestellt wurden, die der Vortragende alle die brennenden Punkte in ruhigem Ton zur Befriedigung noch erledigte. Wir hoffen und wünschen, daß der Hauptvorstand öfters in unserer Mitte weilen möge und derartige Vorträge zu Gehör bringt, damit der Verein sich wieder stärkend verjüngen kann, und die Wunden, die der jetzigen Generation geschlagen worden sind durch Krieg, Inflation und systematische Vernichtungswerke der Unternehmer, ihre Vergeltung findet. Um 11½ Uhr konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen.

Karl Mitschke.

Weißenhorn. Der Ortsverein Weißenhorn hielt am 16. Januar 1927 seine diesjährige Generalversammlung ab im Gasthaus „Zum Stamm“ (Saal), die einen guten Besuch aufwies, trotzdem noch viele Kollegen nicht erschienen waren. Es war gewiß für jeden nichtanwesenden Kollegen ein großer Nachteil, denn unser Bezirksleiter Barnh. hielt einen sehr außerordentlichen lehrreichen Vortrag und der für jeden Kollegen von großer Wichtigkeit war, denn man konnte daraus so manches erfahren, was in der schlechten Wirtschaftslage als unbedingt notwendig für uns erscheint.

Um 2.30 Uhr eröffnete Vorsitzender Thalmeier die gut besuchte Generalversammlung, begrüßte die erschienenen Mitglieder und hauptsächlich unsern Bezirksleiter Barnholt, der wieder so ziemlich gesund in unserer Mitte weilen konnte, und jeder war über sein kerniges Auftreten überrascht, und wünschen ihm es nur vom Herzen. Anschließend gab Vorsitzender Thalmeier die Tagesordnung bekannt. 1. Verlesen des Protokolls. 2. Klassenbericht vom Jahre 1926. 3. Neuwahl der Vorstandskasse. 4. Bericht des Bezirksleiters Barnholt über den Stand der Verhandlungen im Säge- und Holzgewerbe. 5. Aussprache über Lohnsteuerrückstellungen. 6. Verschiedenes. Protokoll und Klassenbericht zeigte, daß der Verein ein arbeitsreiches Jahr hinter sich hatte, der Bericht wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Vorstandskasse wurde einstimmig wieder gewählt, sowie auch die Fahnensektion, ein zweiter Beisitzer Hans Beringer wurde neu hinzu gewählt, die Vorstandskasse dankte den Mitgliedern für ihr entgegengebrachtes Vertrauen. Der Vortrag von Bezirksleiter Barnholt wurde mit großer Anerkennung zu Herzen genommen, es war daraus sehr klar zu ersehen, daß die Bezirksleitung sehr großes Interesse zu vollbringen hatte, und noch vieles schaffen muß. Es kann daher der Zusammenhalt nicht genug bekannt gegeben werden, und hoffen, daß die Bezirksleitung sowie die Hauptleitung auch weiterhin so rührig arbeiten möchte.

Anschließend gab Barnholt einen Bericht über Lohnsteuer, der ebenfalls von großer Bedeutung war. In Punkt Verschiedenes wurde sehr reger Gebrauch gemacht. Erst um 6 Uhr konnte der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung schließen, und dankte den erschienenen Mitgliedern nochmals für ihr Erscheinen und forderte sie auf, auch im kommenden Jahr wieder fest und treu zur Organisation zu halten, nur dann können unsere Wünsche durchgeführt werden. Auch Bezirksleiter Barnholt dankte mit kernigen Worten alle Anwesenden sowie der Vorstandskasse für ihre Arbeit im vergangenen Jahre.

Schriftführer Wegele.

Kollegen.

Zahlt Eure Beiträge pünktlich, damit Ihr Euer Anrecht auf Unterstützung nicht verliert. Pünktliche Beitragszahlung in allen Klassen ist die erste Vorbedingung.

Die Beiträge sind fällig:

- für die 1. Beitragswoche vom 1.—7. Januar
- für die 2. Beitragswoche vom 8.—14. Januar
- für die 3. Beitragswoche vom 15.—21. Januar
- für die 4. Beitragswoche vom 22.—28. Januar
- für die 5. Beitragswoche vom 29. Januar bis 4. Februar
- für die 6. Beitragswoche vom 5.—11. Februar
- für die 7. Beitragswoche vom 12.—18. Februar
- für die 8. Beitragswoche vom 19.—25. Februar

Jedes Mitglied ist verpflichtet, wöchentlich im Voraus einen Wochenbeitrag zu bezahlen.

Aufgabe des Kassierers ist es, immer vor dem 10. eines Monats die Abrechnung des letzten Monats und das Geld einzufenden, auch Teilgeldsendungen im Laufe des Monats. Der Vorsitzende hat darauf zu achten, daß dies geschehen ist.

Eine angemessene

Unterstützung

erhält künftig nur dasjenige Mitglied, das Beiträge entsprechend dem Stundenverdienst zahlt!



Einheitliche Vereins-Abzeichen

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Mantelknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Größe für 2,50 Mk. das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.